

Genug gekürzt!

Sozialen Kahlschlag stoppen!

Die Bundesregierung hat massive soziale Kürzungen für den Herbst angekündigt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Alleinerziehende, Familien sowie Rentnerinnen und Rentner sollen für die Finanzkrise zahlen. Gespart werden soll bei denen, die schon zu wenig haben. Die Spaltung der Gesellschaft wird weiter voran getrieben.

Union und FDP streichen den Heizkostenzuschuss zum Wohngeld, das Elterngeld für Hartz-IV-Beziehende und den Zuschuss zur Rentenversicherung. Eine arbeitslose alleinerziehende Mutter verliert 300 Euro im Monat. Menschen, die ihren Job verlieren, will die Koalition befristete Zuschläge zum ALG II streichen. Weiterbildung und Umschulung für Arbeitslose werden gnadenlos gekürzt. Arbeitslose werden so noch schneller in Armut rutschen und schwerer einen neuen Arbeitsplatz finden.

Kommunen in Not

Die Kürzungspolitik der schwarz-gelben Regierung verschlimmert die katastrophale Finanzlage vieler Städte und Gemeinden. Seit Jahren betreibt der Bund eine Steuersenkungspolitik zu Lasten von Ländern und Kommunen und überträgt ihnen gleichzeitig immer mehr Aufgaben, ohne für eine entsprechende Finanzierung zu sorgen. Jetzt plant die Bundesregierung auch noch ihre wichtigste eigene Einnahmequelle, die Gewerbesteuer, abzuschaffen.

Darunter leiden die Sozial-, Jugend- und Kultureinrichtungen der Gemeinden. Viele Städte und Gemeinden sind jetzt schon pleite. Beispiel Wuppertal: Hier sollen fünf Schwimmbäder, das Schauspielhaus und zwei Bibliotheken geschlossen, Zuschüsse für Kultureinrichtungen um 30 Prozent gekürzt und Eintrittspreise erhöht werden. 1000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst werden gestrichen, Auszubildende nicht mehr eingestellt.

In dieser Situation wächst der Druck, weitere Bereiche zu privatisieren. Höhere Gebühren und schlechtere Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger wären die Folge.

Millionäre, Spekulanten und Banken zur Kasse!

Die Rettung der Banken in der Finanzkrise hat die deutschen Staatsschulden bis Ende 2009

um 99 Milliarden Euro erhöht. Auch das 750 Milliarden schwere Euro-Rettungspaket nützt vor allem Finanzinstituten. Union und FDP weigern sich, Krisenverursacher und -gewinnler an den Kosten zu beteiligen. Das wäre möglich – mit einer gerechten Erbschaftsteuer, einem höheren Spitzensatz der Einkommensteuer, der Wiedererhebung der Vermögensteuer sowie der Finanztransaktionssteuer. Notleidende Kommunen müssen entschuldigt, die Gewerbesteuer darf nicht abgeschafft, sondern muss zur Gemeindefinanzierungssteuer weiterentwickelt werden.

Wir wehren uns!

Die sozialen Kürzungen werden im September im Bundestag verhandelt und sollen in den folgenden Monaten verabschiedet werden. Dagegen werden wir Widerstand organisieren. Wir werden nicht zusehen wie unsere Städte, Gemeinden und Landkreise kaputt gespart werden und veröden. Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, außerparlamentarischen Bewegungen und Oppositionsparteien stellen wir uns dem Sozialkahlhieb entgegen.

Proteste im Heißen Herbst!

29. September:

Europäischer Aktionstag gegen die Sparpakete mit regionalen Aktionen

24. Oktober bis 13. November:

Aktionswochen der Gewerkschaften und Bündnissen

13. November: Großdemonstrationen in verschiedenen Regionen von Gewerkschaften und Bündnissen

Weitere Informationen unter www.die-linke.de

DIE LINKE.

Kontakt Daten: DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 93 45, Fax: 030/24 00 95 41
krisisenprotest@die-linke.de
www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Caren Lay

 Europäische LINKE

DIE LINKE.

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname _____

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum _____

Beruf _____

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) _____

Telefonnummer _____

E-Mail-Adresse _____

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher? _____

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ort und Datum _____

Unterschrift _____